

»Pinkwashing« in Thailand

von Wolfram Schaffar

Das politische System Thailands befindet sich seit 2005/2006 in einem Prozess der Auflösung. Die beiden antagonistischen Lager – die Rothemden mit ihrer Massenbasis in den ländlichen Gebieten auf der einen Seite und die Gelbhemden, die den royalistisch-konservativen Eliten nahe stehen, auf der anderen Seite – bekämpfen sich mit immer schärferen Mitteln. Nach den jüngsten zwei Putschen in den Jahren 2006 und 2014 und nach der weitgehenden Politisierung der Gerichte sind in Thailand die meisten politischen Institutionen diskreditiert. Umso erstaunlicher ist es, dass zeitgleich eine enorm progressive Kampagne zur Einführung der Homo-Ehe in Thailand geführt wurde und nur um Haaresbreite 2013 die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes gescheitert ist.

Im Mai 2011 lancierte Natee Teerarotjanapongs, ein LGBT*-Aktivist, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne. Er bestellte ein Aufgebot, sich mit seinem Lebensgefährten zu verheiraten und wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Diese Ablehnung nutzte er als Vorlage, vor dem *Nationalen Menschenrechtskomitee* zu klagen – eine symbolische Aktion ähnlich der »Aktion Standesamt« des *Deutschen Schwulenverbands* (SVD) im Jahr 1992, die politischen Druck auf die deutsche Bundesregierung in gleicher Absicht aufbauen sollte. Anders als im Deutschland der 1990er Jahre kam es in Thailand im Laufe des Jahres 2012 jedoch zu einer unerwarteten Wendung: Das Parlament wurde aktiv und erarbeitete einen Gesetzesentwurf, der im Januar 2013 fertiggestellt wurde. Im April 2013 lud die damit befasste Parlamentskommission drei LGBT*-Aktivist_innen zu einer Sitzung ein, um deren Stimmen zum Entwurf zu hören. Eine Erklärung im Vorfeld dieser Sitzung sorgte für eine weitere Überraschung. Es wurde angekündigt, dass das Gesetz bereits im Verlauf des Jahres 2013 von einem Abgeordneten der *Demokratischen Partei*, Wirath Kalayasiri, im Parlament vorgelegt wurde und zur Abstimmung gebracht werden sollte.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Zum einen spiegelt sich hier ein Trend wieder, der schon im Vorfeld auf internationaler Ebene beobachtbar war. Bereits 2008 schlug die Generalversammlung der *Vereinten Nationen* eine Resolution zu LGBT*-Rechten vor. 2011 wurde die entsprechende Resolution vom Menschenrechtsrat der *Vereinten Nationen* verabschiedet. Und auch auf nationaler Ebene hatte sich ein Diskurs entfaltet: Seit der Aktion von Natee erschienen in der thailändischen Presse immer wieder Artikel, in denen die Heirat von gleichgeschlechtlichen Paaren wohlwollend thematisiert wurde. So berichtete die Sonntagsausgabe der englischsprachigen *The Nation* im Januar 2012 von

einem jungen Männerpaar, das sich über Facebook kennengelernt hatte und schließlich im Kreis ihrer Familie und Freunde mit immerhin 200 Gästen eine Hochzeitszeremonie zelebrierte.

Zum Valentinstag 2013 wurde eine größere »Aktion Standesamt« organisiert, bei der zahlreiche gleichgeschlechtliche Paare in verschiedenen Distriktrathäusern antraten, um dort abgewiesen zu werden. Öffentlichkeitswirksam wurden genau solche Distrikte gewählt, die wegen ihres Namens beliebte Heiratsorte sind, wie z. B. Bang Rak (dt. Liebesdorf). Wieder berichtete die Tageszeitung *The Nation* wohlwollend über die Aktion. Die Gesetzesinitiative scheint also zunächst einem Trend auf internationaler Ebene zu folgen, der von lokalen Bewegungen aufgenommen wurde. Die Argumentation der LGBT*-Aktivist_innen, die zu der Anhörung im Parlamentsausschuss geladen waren, ähnelte dabei den Argumentationsfiguren, die auch in anderen Ländern gängig sind. So sagte Chumaporn Taengkliang, eine Vertreterin von *Anjaree*, einer Gruppe lesbischer Aktivist_innen im Interview: »Mehr Menschen bekommen garantierte Rechte. Alle, die nicht lesbisch, schwul, bisexuell oder transgender sind, verlieren nichts. Wenn aber ihr Kind, ihre Freunde LGBT* sind, werden sie von dem neuen Gesetz geschützt.«

Die Anhörung vor der Parlamentskommission verlief jedoch enttäuschend. Nachdem die Aktivist_innen problematisiert hatten, dass mit der gleichgeschlechtlichen Ehe keine Adoptionsrechte verbunden seien und dass ein nicht nachvollziehbarer »Homosexualitätstest« Voraussetzung für das neue Rechtsinstitut sein sollte, kippte die Stimmung. Von den Fürsprecher_innen des Gesetzes wurde ihnen vorgehalten, sie sollten sich glücklich schätzen, nicht in Afghanistan oder dem Iran geboren zu sein. Sie soll-

Der Autor arbeitet als Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Bei zahlreichen Aufenthalten an der Chulalongkorn Universität in Bangkok und an der Yangon Universität hat er zu Demokratisierung und sozialen Bewegungen in Thailand und Myanmar gearbeitet.

Der politische Konflikt zwischen Rot- und Gelbhemden bildet sich auch im kommerziellen ab: hier ein Geschäft, das nur gelbe Oberteile verkauft. Da gelb die Farbe des Königs ist, sind diese Kleidungsstücke eine aktuell beliebte Methode um öffentlich Loyalität auszudrücken. Foto: Martina Eichmann



Think pink. Gay-
Pride-Parade in
Bangkok 2006.
Foto: Ddalbiez/
Wikimedia



ten für die Gefälligkeit, die ihnen zuteil wird, dankbar sein und keine unverschämten Forderungen stellen. Daraufhin versandete die Gesetzesinitiative. Mit dem Beginn der Demonstrationen der Gelbhemden gegen die Regierung von Yingluck Shinawatra kamen die geregelten parlamentarischen Prozesse zum Erliegen und durch den Putsch vom Mai 2014 wurde das Parlament schließlich bis auf Weiteres aufgelöst.

Wie ist jedoch die Debatte des Ausschusses zu erklären? Die barsche Reaktion der Befürworter_innen des Gesetzes legt nahe dass die Akteure im Parlament – anders als die Aktivist_innen – sich nicht auf dem Niveau der internationalen Debatte bewegten, dem Recht zu seiner Durchsetzung verhelfen zu wollen. Vielmehr schienen sie die Vorstellung einer wohlthätigen Zuwendung zu haben, für die sie von den Aktivist_innen Dankbarkeit erwarteten. Dieses Moment verweist auf eine weitere Dynamik im Zusammenhang der Gesetzesinitiative.

Zunächst scheint fraglich, ob die thailändischen LGBT*-Gruppen eine politische Kraft darstellten, die hinreichend Druck für eine solche Initiative aufbauen konnte. Thailand hat seit jeher den Ruf, schwulenfreundlich zu sein. Obwohl es gerade ausgehend von der städtischen Mittelschicht viele Vorurteile gegenüber Menschen mit nicht-heterosexuellen Lebensformen gibt, wurden Schwule historisch nie in einer den europäischen Ländern oder den (ehemaligen) britischen Kolonien vergleichbaren Art religiös oder strafrechtlich verfolgt. Anders verhält es sich mit der Benachteiligung von Lesben, die

als Frauen wesentlich weniger Freiheiten genossen. Möglicherweise liegt hierin der Grund, warum es in Thailand nie zu einer kontinuierlichen Organisation von Schwulen gekommen ist. Abgesehen von einzelnen Gruppen, die im Zuge der AIDS-Krise Aufklärungsarbeit leisteten – beispielsweise die Gruppe FACT (*Fraternity for AIDS Cessation in Thailand*) mit Natee an der Spitze in den frühen 1990er Jahren – gab es kaum organisierte Bewegungen. Die einzige organisatorische Kontinuität zeigen lesbische Gruppen, allen voran die Gruppe *Anjaree*. Genau diese beiden altbekannten Akteure, – Natee als Vertreter der Schwulen und die Lesbengruppe *Anjaree* – waren es, die auch in der Diskussion um die gleichgeschlechtliche Ehe auftraten. Im Gesamtbild der sozialen Bewegungen in Thailand erscheinen sie jedoch eher als marginale Akteure, von denen kaum ein hinreichend starker politischer Druck für eine so weitreichende gesetzliche Innovation ausgehen konnte.

Das Projekt einer gleichgeschlechtlichen Ehe ist vielmehr Teil einer Reihe von Initiativen aus dem Umfeld der royalistisch-konservativen Eliten und ist nur in seiner Verflechtung mit den politischen Auseinandersetzungen und der Erosion der Institutionen zu verstehen. 2006 nahm sich die Menschenrechtskommission zum ersten Mal der Frage nach Diskriminierung von LGBT* an. Im gleichen Jahr traten Vertreter_innen der Verfassungsgebenden Versammlung an LGBT*-Aktivist_innen heran und diskutierten die Frage, inwieweit LGBT*-Rechte in der neu zu

schreibenden Verfassung verankert werden könnten. Diese Offenheit ist jedoch nicht nur dem Willen zur Professionalisierung der thailändischen Menschenrechtskommission und der thailändischen Verfassungsväter/mütter geschuldet. 2006 hatte das Militär gegen Thaksin Shinawatra geputscht und die Machtübernahme war von den royalistisch-konservativen Eliten Bangkoks konzertiert worden. Die Hauptaufgabe der neuen Militärverwaltung wurde darin gesehen, das System Thaksin abzuwickeln und seine noch immer große Popularität zu brechen. Die Initiative, aktiv auf LGBT* zuzugehen, war daher ein strategischer Schritt der Menschenrechtskommission und der verfassungsgebenden Versammlung, Unterstützung für eine Verfassung zu organisieren, die von einem handverlesenen und demokratisch nicht legitimierten Gremium entworfen wurde. An die internationale Gemeinschaft sollte wiederum die Botschaft gesendet werden, dass trotz des Putsches die rechtsstaatlichen Institutionen auf international hohem Niveau arbeiten.

In der Debatte um LGBT*-Rechte wurde für solche politischen Konstellationen der Begriff des Pinkwashing geprägt. Als besonders deutliches Beispiel wird hierfür meist Israel angeführt, auch wenn ähnliche Tendenzen in vielen anderen Ländern beobachtbar sind. In Israel wirbt die Armee auf Plakaten und Flyern offensiv mit dem Slogan »Wo im Mittleren Osten können schwule Offiziere ihrem Land dienen? Nur in Israel! Unterstützt die Demokratie! Unterstützt Israel!« Ebenso umwirbt die Tourismusindustrie Schwule und preist die Offenheit und Toleranz an israelischen Stränden an. Kritiker_innen analysieren diese Politik als Pinkwashing – ähnlich wie große umweltverschmutzende Unternehmen sich mit einzelnen plakativen Umweltprojekten ihr Image reinwaschen (Greenwashing), präsentiert sich die israelische Armee mit ihrer Diversitätspolitik als inklusive und demokratische Streitkraft und lenkt damit von ihrer kontroversen Rolle im Nahost-Konflikt ab.

Dieses Muster lässt sich auch hinter der Initiative zur gleichgeschlechtlichen Ehe in den Jahren 2012/2013 erkennen. Seit dem Putsch von 2006 erodierten die Menschenrechte in Thailand massiv. Insbesondere ist hier die umfassende Zensur des Internets über den Computer Crime Act und die massenhaften Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigungen zu nennen. Der Paragraph 112, der Majestätsbeleidigung als Straftat definiert, wurde seit 2006 mehrfach verschärft und ausgeweitet. Schon kleinste Vergehen können mit Haftstrafen von über 20 Jahren geahndet werden. Im Zuge der politischen Auseinandersetzungen wird der Paragraph mehr und mehr zu politischen Zwecken eingesetzt: Missliebige Gegner werden durch Klagen auf der Grundlage des Para-



graf 112 eingeschüchtert, ins Exil getrieben oder im Gefängnis mundtot gemacht. Die stetig zunehmende Zahl an Anklagen pro Jahr – bereits 2012 waren es knapp 500, alle mit drakonischen Haftstrafen – senden ein deutliches Signal an die Bevölkerung, dass die royalistischen Eliten bereit sind, ihre Macht mit allen Mitteln zu verteidigen. Diese Verurteilungen stellen das wahrscheinlich größte Menschenrechtsproblem Thailands dar, und zugleich das am meisten tabuisierte. Weder lokale NGOs noch ausländische politische Stiftungen wagen es, dieses Thema aufzugreifen. Ebenso versagt die thailändische Menschenrechtskommission, grundlegende Prinzipien der Verhältnismäßigkeit oder des fairen Prozesses durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Menschenrechtskommission und zeitgleich mit der Erosion der politischen Institutionen nahm sich das Parlament der Frage der gleichgeschlechtlichen Ehe an. Die Vertreterin von *Anjaree*, Chumaporn Taengkliang, lieferte ein entscheidendes Argument: »Es gibt in Asien gerade drei Länder, in denen ähnliche Gender-Rechte vorangetrieben werden: Taiwan, Vietnam und Thailand. Wenn wir das Projekt als Erste abschließen, werden wir zu Pionieren in der gesamten asiatisch-pazifischen Region.« Viele nicht-heterosexuell lebende Menschen in Thailand hatten die Hoffnung, durch das Gesetz erstmals einen gesetzlichen Schutz und fundamentale Rechte zuerkannt zu bekommen. Den Vertreter_innen der Politik scheint es jedoch weniger um Rechte gegangen zu sein, als um eine Symbolpolitik, mit der LGBT* in das royalistisch-konservative Projekt kooptiert und das Ausland von der Funktionstüchtigkeit thailändischer Rechtsinstitutionen überzeugt werden sollte.

Trotz heteronormativer Darstellung von Rollen in diesen landesstereotypischen Abbildungen bietet ASEAN politischen Raum für »Pinkwashing« Prozesse.
Foto: Martina Eichmann